



Herren
Michael Müller
Regierender Bürgermeister von Berlin

Dr. Dirk Behrendt
Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Berlin, 9.11.2018

Offener Brief: Staatsanwaltschaft versucht, Umweltbewegung mit Hausdurchsuchungen bei Greenpeace zu kriminalisieren

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, sehr geehrter Herr Justizsenator,
die auf Betreiben der Berliner Staatsanwaltschaft durchgeführten Durchsuchungsaktionen der Polizei in den Büros von Greenpeace sowie in Privatwohnungen als Folge der Farbaktion an der Berliner Siegessäule entbehren jeglicher Verhältnismäßigkeit. Sie sind ein massiver Angriff auf die Arbeit von unabhängigen Umweltorganisationen.

Wenn Autokonzerne betrügen und Menschen durch Luftverschmutzung oder Klimawandel sterben, passiert nichts. Wenn hingegen Umweltverbände die Politik ermahnen, dass sie völkerrechtlich zu Klimaschutz verpflichtet ist und es vermeintliche Blechschäden gibt, erfolgt ein Großeinsatz der Polizei.

Wir fordern, dass das inakzeptable Vorgehen der Staatsanwaltschaft Gegenstand einer politischen und gerichtlichen Überprüfung wird. Der Berliner Senat muss Konsequenzen aus dem Vorfall ziehen. Denn der Staat darf Schikane und Einschüchterung nicht zu seinem Mittel machen. Wir solidarisieren uns mit den Kolleginnen und Kollegen von Greenpeace und werden auch zukünftig das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender
BUND

Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR

Sascha-Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
DUH

Leif Miller
Bundesgeschäftsführer
NABU

Eberhard Brandes
Geschäftsführender Vorstand
WWF